



Corona-Kapitalismus und das Hindu-Reich¹ in Indien

Nivedita Menon

Die Covid-19-Krise wird sowohl von der Politik des Hindu-Reichs als auch vom neoliberalen Kapitalismus genutzt, um ihre Vorherrschaft durch Islamophobie und durch den Lockdown zu stabilisieren. Corona-Kapitalismus bedeutet, das am oberen Ende im Gefolge der Corona-App ein Datenkapitalismus als politisches und wirtschaftliches Überwachungssystem installiert wird, während am unteren Ende Zwangsarbeit und extrem prekäre Arbeit durch die Wanderarbeiter:innen geschaffen wird, um die Produktion zu sichern.

Das Virus versteht es ungeheuer überlebensstark, in den Petrischalen der lokalen kulturellen und politischen Gebilde so zu mutieren, dass allseits bizarre und doch schmerzlich vertraute Phänomene entstehen. In Indien haben zwei Prozesse das Land in einen Erregungszustand getrieben, seit die Bharatiya Janata Party (BJP) bei den Parlamentswahlen von 2014 an die Macht kam – der Raubtier-Kapitalismus und die Politik der Hindu-Vorherrschaft. Beide haben sich so bruchlos mit dem Virus zusammengetan, dass sie zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch unsiegbar erscheinen.

Im April 2020, als nach der abrupten Verkündung eines nationale Lockdowns zur Abflachung der Kurve bei den Covid-Infektionen Hunderttausende Wanderarbeiter:innen, von Hunger und Erschöpfung geplagt, lange Strecken in ihre Heimatstaaten wanderten, fällte die Regierung eine Entscheidung, die nur im Kuriositätenkabinett des Kapitalismus Sinn machen kann. Sie genehmigte die Verarbeitung von überschüssigem Reis durch die Food Corporation of India zu Äthanol, um alkohol-basierte Handdesinfektionsmittel herzustellen und um es Benzin beizumischen. Es wurde beschlossen, einen Teil des überschüssigen Getreides, 5 kg pro Person, während der Lock-

¹ Im Originaltext „Hindu Rashtra“. Die Bedeutung des Hindi-Wortes Rashtra changiert zwischen „Herrschaft“, „Reich“ und „Nation“. Anm. d. Übers.

down-Periode kostenlos zu verteilen; aber nachdem so scheinbar alle Hungrigen im Lande gesättigt waren, gab es immer noch Überschuss-Getreide für den Verkauf auf dem Markt, so dass private Firmen mit Handdesinfektionsmitteln Profit machen konnten.

Inzwischen ist die Entdeckung, dass *namaste*² in Corona-Zeiten die im Vergleich zum Handschlag hygienischere Begrüßungsform ist, eingemündet in eine allgemeine Verherrlichung der Hindu-Kultur und -Zivilisation, wie sie den Weg zum Hindu-Reich schon lange begleitet. (Hier ist aufschlussreich, dass von Seiten der egalitären Dalit³-Politik oftmals auf dem Handschlag beharrt wird, um die Normen der Unberührbarkeit zu brechen, die die Hindu-Gesellschaft noch immer strukturieren und in der *namaste* ein hierarchisches Signal ist, denn die ‚oberen‘ Kasten grüßen die ‚niederen‘ niemals ehrerbietig mit *namaste*.) Auf allen Ebenen des Hindu-Vormacht-Diskurses – bei BJP-Mitgliedern, Kommentatoren in den sozialen Medien, in safranfarbene Gewänder gehüllten ‚Weisen‘, und in Teilen der gebildeten Mittelklassen – gibt es allen Fakten zum Trotz die selbstgefällig zufriedene Überzeugung, dass der Hindu-Glaube und Hindu-Praktiken Indien vor dem Virus schützen würden. Ein BJP-Führer sagte, als eine religiöse Hindu-Versammlung durch die lokale Verwaltung aufgelöst wurde, dass Indien von dem Coronavirus gar nicht befallen sein könne, weil es die Heimat von Millionen von Göttern und Göttinnen sei.

Als der Premierminister die Inder:innen aufforderte, zu einem bestimmten Zeitpunkt zu klatschen, um dem an vorderster Front arbeitenden Gesundheits- und Pflegepersonal zu danken, gab es viele, die dem zusätzlich einen Hindu-Dreh gaben und behaupteten, astrologische Merkmale dieses Augenblicks würden Corona zwingen, ‚wegzulaufen‘. Tatsächlich wurde „go Corona go“ landesweit von gebildeten Menschen gesungen, die dazu im Glauben, dies würde das Virus vertreiben, auf ihre Metallteller schlugen. Dieses Zelebrieren von ‚Hindu‘-Glaubensvorstellungen ist, wie wir sehen werden, von gehässigster Islamophobie und Kastendiskriminierung begleitet.

Islamophobie und das Virus

Die Regierung setzte schon früh im Covid-19-Lockdown eine Spirale der Islamophobie in Bewegung, als sie eine religiöse Versammlung der Muslim-Organisation Tablighi Jamaat in Delhi mit internationalen Teilnehmer:innen, die zu einem Anstieg der Infektionen führte, zum Schuldigen erklärte. Es gab davor und danach einige weitere große öffentliche Versammlungen gleicher Art, aber sie wurden nicht in ähnlicher Weise herausgehoben.

Die Medien waren, wie Ritika Jain zeigt, bis 29. März 2020 auf Reportagen über Millionen von Wanderarbeiter:innen fokussiert, die

„weil die Regierung mit vierstündiger Vorlaufzeit einen 21-Tage Lockdown verkündet hatte, arbeitslos, wohnungslos und unvorbereitet aus den Städten strömten und versuchten auf langen Wegen mit Mopeds, Fahrrädern oder zu Fuß nach Hause zu gelangen.“

Aber am Abend dieses Tages

„endeten die Berichte über die Zunahme der Migration. Der explizite Zusammenhang mit Tablighi Jamaat wurde drei Tage später durch die Regierung hergestellt.“⁴

² *Namaste* ist die gängige indische Begrüßungsformel mit gefalteten Händen – Anm. d. Übers.

³ *Dalit*: Die früher meist als "Unberührbare" bezeichneten Niedrigstkasten im hinduistischen System. – Anm. d. Übers.

⁴ Jain, Ritika (April 20, 2020): How India's Government Set Off A Spiral Of Islamophobia, In: article 14 <https://www.article-14.com/post/how-india-s-government-set-off-a-spiral-of-islamophobia>

Jain weist nach, dass das Geschacher mit Fake News, Videos und falschen Behauptungen über Muslim:innen und Covid-19 von allen Ebenen des RSS-Netzwerks, der nicht-religiösen hindu-nationalistischen Organisation, der Rashtriya Swayamsewak Sangh (RSS) ausgingen, sozusagen der Ursprungsorganisation der BJP, und sodann von der Regierung, BJP-Parlamentarier:innen, BJP-Mitgliedern, und der infamen BJP Information Technology Cell mit ihren Kampagnen in den Sozialen Medien.

Dies verlieh der weit verbreiteten Gewalt gegen Muslim:innen unvermeidlich Legitimität. Oft wurde diesen sogar die Aufnahme ins Krankenhaus verweigert. Ein Krankenhaus in Gujarat wies Hindus und Muslime mit Covid-19 in getrennte Stationen ein. Muslimische Obst- und Gemüse-Verkäufer:innen wurden bedroht, körperlich angegriffen oder boykottiert.

In Mumbai ordnete der Municipal Commissioner in einem Rundbrief an, dass die Leichen aller an Covid-19 verstorbenen Personen unabhängig von ihrer Religion verbrannt werden sollten, obwohl Muslim:innen normalerweise beerdigt werden. Eine gesundheitsbedingte Notwendigkeit dafür ist weder in den Richtlinien der WHO noch in denen der Regierung aufgeführt. Nach Interventionen auf unterschiedlichen Ebenen wurde die Verordnung schließlich zurückgezogen. Aber die Botschaft ist klar: Muslim:innen muss eine Lektion dafür erteilt werden, dass sie keine Hindus sind.

Der Lockdown sorgte für einen politischen Ausnahmezustand, in dem demokratische Rechte aufgehoben wurden. Er trifft die Muslime am verheerendsten. Die Repression geht unvermindert weiter.

Zwangsarbeit - das untere Ende des Corona-Kapitalismus

Das unerträgliche Bild von Wanderarbeiter:innen, die es geschafft hatten, ihren Heimatstaat Uttar Pradesh zu erreichen und dort mit Desinfektionsmitteln abgesprüht wurden, hat so weitverbreitete Empörung in Indien und negative Publizität in den ausländischen Medien provoziert, dass das Gesundheitsministerium eilends eine Erklärung herausgab, dass dies nicht sein dürfe.

Aber diese Brutalität und der Mangel an Empathie gegenüber Arbeiter:innen und Armen geht direkt von der Spitze des Regimes aus. Von dort wird signalisiert, wer dazu gehört und wer nicht. Der Unterschied in der Behandlung ist gewaltig und muss nicht einmal gerechtfertigt werden. Zum Beispiel organisierte die Regierung von Uttar Pradesh während des Lockdowns Busse, um Studierende aus anderen Bundesstaaten zurückzuholen - zur selben Zeit, als Tausende Arbeiter:innen weite Strecken zu Fuß nach Hause unterwegs waren, weil keine Transportmöglichkeiten für sie organisiert wurden, eben weil sie gehindert werden sollten, die Bundesstaaten zu verlassen, in denen sie gestrandet waren. Dagegen wurden Sonderflüge und Krankenhausbetten durch die Regierung bereitgestellt, um Inder:innen, die im Ausland gestrandet waren, zurückzuholen.

Inzwischen saßen Hunderttausende Wanderarbeiter:innen in entsetzlichen Verhältnissen fest, weil sie Opfer von Gerüchten und Falschmeldungen über bereitgestellte Busse und Sonderzüge für ihre Heimreisen wurden. Und als sie mit ihren mageren Habseligkeiten und ihren kleinen Kindern an den Bushaltestellen und Bahnhöfen ankamen, wurden sie in Mumbai mit Schlag-

stock-Attacken, in Surat, einer Stadt im Bundesstaat Gujarat, mit Tränengas empfangen. Abgesehen von den bundesstaatlichen Regierungen in West-Bengalen, Kerala und Delhi, die Verantwortung für die Ernährung von Hunderttausenden übernahmen, waren es hauptsächlich normale Bürger:innen, die durch das ganze Land fuhren, um finanzielle und physische Unterstützungsnetzwerke zusammen mit NGOs aufzubauen und so ein Massensterben durch Hunger zu verhindern. Der Beitrag der Zentralregierung hierzu ist gemäß ihrer eigenen Antwort an den Obersten Gerichtshof zu vernachlässigen. Der Kollateralschaden dieser tragischen, durch die Regierung produzierten Krise ist jedoch hoch: Todesfälle wegen Erschöpfung durch den Marsch selbst, durch Polizeigewalt, durch Hunger.

Die Hungersnot in Bengalen (1943) und die Teilung Indiens (1947) sind die historischen Ereignisse auf dem Subkontinent, die durch die herzerreißenden und wütend machenden Bilder von dem katastrophalen langen Marsch der Arbeitsmigrant:innen in Erinnerung gebracht werden.

Noch wichtiger sind jedoch andere Parallelen, die die Unentbehrlichkeit der Zwangsarbeit für den Kapitalismus im 20. Jahrhundert belegen, allen voran die Nazi-Diktatur in Deutschland. Sie war in ganz erheblichem Maß auf Zwangsarbeit durch hunderttausende Zivilist:innen, Kriegsgefangene und Inhaftierte in Konzentrationslagern gegründet. Die Konzentrationslager, die eigentlich als Vernichtungslager fungierten, versorgten Staatsbetriebe, aber auch Dutzende von privaten Konzernen wie die IG Farben und landwirtschaftliche Betriebe mit kostenloser Arbeitskraft.

Dabei hat Deutschland zweifellos nur die Praktiken perfektioniert, die die europäischen Kolonialmächte in Afrika seit Jahrzehnten erprobt hatten: Zwangsarbeit und schrankenlose Gewalt sind für den Kolonialismus konstitutiv, und sie lieferten den Motor, der den europäischen Kapitalismus in Bewegung hielt, wie Aimé Césaire ausgeführt hat.⁵

Welches Regime maß es sich an, die Wanderarbeiter:innen zu Arbeit zu zwingen, in Lager zu stecken und als Kriminelle zu behandeln? Warum tritt der indische Staat freien Bürger:innen, die das fundamentale Grundrecht der Rückkehr nach Hause wahrnehmen, als Zwangsmacht entgegen, während er dieses Recht anderen Bevölkerungsgruppen sehr wohl zugesteht? Die Antwort ist in ihrer Einfachheit schlagend: dahinter steht die Macht des Kapitals, sonst nichts. Man blicke nur auf die folgenden Fakten:

a. Im Monat April während des Lockdowns gab es immer wieder Nachrichten, die auf eine wachsende Furcht vor einer für das Kapital bedrohlichen Wirtschaftskrise hindeuteten, weil es an Arbeitskräften in Folge der Heimkehr von Wanderarbeiter:innen fehlte: im Punjab in der Landwirtschaft; in Maharashtra bei der Entladung von Fracht in den Häfen, beim Befüllen der ATMs mit Bargeld, bei der Belieferung von kleineren Geschäften, im Bau- und Immobiliengeschäft überall im Land und in der Stahlindustrie.

b. In einer Verfügung vom 19. April 2020 erließ das Innenministerium ein Standard Operating System zur Mobilität von gestrandeten Arbeitskräften, welches verordnete⁶:

1. Ein vollständiges Verbot für Wanderarbeiter:innen – selbst für solche, die für ‚nicht-infiziert‘ befunden wurden – sich aus dem Staat, in dem sie gestrandet waren, zu entfernen und in ihre Heimatstaaten zurückzukehren.

⁵ Césaire, Aimé (2000): *Discourse on Colonialism*, New York, p. 36, 42, 57

⁶<https://www.mha.gov.in/sites/default/files/MHA%20Order%20Dt.%2019.4.2020%20with%20SOP%20for%20movement%20of%20stranded%20labour%20within%20the%20State%20and%20UT.pdf>

2. Beschäftigung von ‚nicht-infizierten‘ Arbeiter:innen in „Industrie, verarbeitendem Gewerbe, Bauwesen, Landwirtschaft und MNREGA-Arbeiten“⁷ ausschließlich in dem Bundesstaat, in dem sie sich gerade aufhalten, wozu sie sich „bei der zuständigen lokalen Behörde registrieren lassen müssen“.

Dies wäre dann schlicht und einfach Zwangsarbeit. Nach dem Covid-19-Test wären die nicht-infizierten Arbeiter:innen gezwungen worden, in dem Staat zu bleiben, wo sie gerade festsitzen, und könnten jederzeit dort hin transportiert werden, wo ihre Arbeitskraft gebraucht wird.

Es gab einen Aufschrei, die Verfügung wurde nicht in Kraft gesetzt, schließlich wart nichts mehr von ihr gehört. Doch die Versuche der Industrie in Zusammenarbeit mit der Regierung die Arbeitskräfte zu zwingen, zu bleiben, wo sie gebraucht wurden, setzten sich fort und wurden in manchen Fällen durch öffentlichen Druck vereitelt. Nach einem vom Stranded Workers Action Network veröffentlichten Bericht hatten 89 Prozent der gestrandeten Migrant:innen von ihren Arbeitgeber:innen in der Lockdown-Periode überhaupt keinen Lohn erhalten. Der Bericht beruht auf Interviews mit über 11.000 gestrandeten Arbeiter:innen⁸. Die Regierung hat keine Schritte unternommen, um hiergegen vorzugehen.

Am ‚unteren Ende‘ des Spektrums des Corona-Kapitalismus finden wir also diese Ansätze zur Zwangsarbeit. Und im Nachhinein wird klar, dass der Lockdown mit nur vier Stunden Vorlaufzeit nicht Ineffizienz signalisiert, sondern bewusst geplant war, um die Arbeitskräfte daran zu hindern, die Städte zu verlassen.

Der Datenkapitalismus und die Aarigya Setu App

Am ‚oberen Ende‘ des Corona-kapitalistischen Regimes steht ein gewaltiger Druck der Regierung, Aarogya Setu herunterzuladen, eine Kontakte aufzeichnende Mobiltelefon-App, die vom Gesundheitsministerium lanciert wurde und angeblich in der Lage ist, vom Risiko der Infizierung mit Covid-19 bedrohte Nutzer:innen zu identifizieren. Das Ministerium hat die sozialen Medien aufgefordert, die Installation der App unter ihren Nutzer:innen zu propagieren, und als Ziel Millionen von Downloads angegeben.

Zusätzlich wurden die Betreiber aufgefordert, die Fortschritte an dieser Front täglich an die Regierung zu melden. Die Regierung hat den Betreibern mitgeteilt, dass ihr Zielobjekt die Gesamtheit der Mobiltelefonnutzer:innen ist.

Einige bundesstaatliche Regierungen haben alle Universitäts- und College-Lehrer:innen aufgefordert, die App herunterzuladen, und einige Abteilungen der Zentralregierung haben ihre Angestellten dazu verpflichtet. Normale Bürger:innen erhalten täglich E-Mails oder Drucksachen, die zum Herunterladen auffordern. Einige Nahrungsmittelketten haben es für ihre Abnehmer:innen verpflichtend gemacht, die App zu installieren. Kurz: Aarogya Setu wird von Seiten der Regierung wie privater Interessenten aggressiv propagiert.

Kein Geringerer als Bill Gates hat einen Brief an den Premierminister geschrieben, in dem er ihm zu Aarogya Setu gratuliert. Gates Freude über eine App, die Daten über die Gesamtheit der Mobil-

⁷ MNREGA (Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act) ist ein Regierungsprogramm, das allen Haushalten im ländlichen Indien bis zu 100 vom Staat bezahlte Arbeitstage pro Jahr garantieren soll - Anm. d. Übers.

⁸ Ayaskant Das: Home Ministry Attempting to Convert Migrant Shelter Homes into Concentration Camps', News Click, 21.04.2020
<https://www.newsclick.in/Home-Ministry-Attempting-Convert-Migrant-Shelter-Homes-Concentration-Camps>

telefon-Benutzer:innen in Indien sammelt, ist nicht allzu überraschend. In den USA wurde mindestens ein Versuch der Gates Foundation durch Eltern und Schulverwaltungen unter Berufung auf Themen wie Privatheit und Sicherheit vereitelt, gewaltige Mengen unspezifizierter Daten auf dem Weg über Schultest-Noten zu gewinnen.

Aarogya Setu hat sich in einer Vielzahl von Dimensionen als höchst problematisch erwiesen. Wie ein sorgfältiger Bericht der Internet Freedom Foundation (IFF) feststellt, ist die App „ein Minenfeld für die Privatsphäre, und sie hält sich nicht an die Prinzipien der Minimierung, der strikten Zweckbegrenzung und der Rechenschaftslegung.“⁹

Auch weltweit gesehen werden Befürchtungen gegenüber Kontakte aufzeichnenden Apps formuliert, ein Phänomen, das The Economist als „Errichtung des Coronopticons“¹⁰ bezeichnet hat. In Singapur und in Europa können, wie der IFF-Report ausführt, nur Gesundheitsministerien Zugang zu diesen Systemen und entsprechender Datennutzung haben. In Indien gibt es solche Garantien jedoch nicht. Ganz anders als in Singapur, wo der Staat juristisch gebunden ist, die Daten ausschließlich zur Krankheitskontrolle zu nutzen, sagt die Aarogya Setu App das genaue Gegenteil, dass nämlich die Regierung deine Daten mit unspezifizierten ‚anderen Agenturen‘ zu unspezifizierten ‚anderen Zwecken‘ teilen darf. Die App könnte der Regierung eventuell ermöglichen, Aspekte des Privatlebens der Nutzer:innen auszuspähen, die mit Covid-19 nichts zu tun haben. Außerdem besteht, wie der IFF-Report sagt, die Gefahr, dass persönliche Informationen über die Nutzer:innen nicht nur für die Dauer dieser Krise des öffentlichen Gesundheitswesens aufbewahrt werden, sondern darüber hinaus.

Überwachung durch den Staat ist nicht notwendigerweise ein kapitalistisches Projekt. Was hier relevant ist, ist jedoch das Aufkommen eines Datenkapitalismus, der in der Mitte der 1990er Jahre begann und heute ein fest verankertes Phänomen ist. Sarah Myers West definiert den Datenkapitalismus als

„ein System, das eine asymmetrische Machtumverteilung zugunsten der Akteur:innen ermöglicht, die Zugang zu Informationen und die Fähigkeit besitzen, Sinn daraus zu machen.“¹¹

Wann immer wir ins Internet gehen mit sozialen Medien, Online-Einkäufen und Suchmaschinen hinterlassen wir Spuren, die durch Unternehmen zu kommerziellen Zwecken gesammelt werden. Anders als Whistleblowing und staatliche Überwachung, die als Ausreißer gesehen werden können, macht uns der Datenkapitalismus in seinem normalen Funktionieren zu freiwilligen ‚Prosumer:innen‘, eine Bezeichnung, die Produktion und Konsumtion kombiniert und die entgegengesetzte Bedeutung von dem utopischen Gebrauch bekommen hat, den Alvin Toffler 1980¹² für sie vorgesehen hatte. Toffler hatte eine postindustrielle Dritte Welle im Blick, in der die Produktion nicht in Gebrauch und Austausch aufgespalten wäre, und in der die Menschen wegen der abnehmenden Zahl der Arbeitsstunden zunehmend das produzieren, was sie auch konsumieren würden. Der Terminus hat durch das Datenkapital einen Bedeutungswandel erfahren und bezeichnet nun die diesem zur Verfügung stehenden Ressourcen. Als Online-Nutzer:innen produzieren wir Daten für die Nutzung durch den Datenkapitalismus und konsumieren gleichzeitig soziale Medi-

⁹ Is Aarogya Setu privacy-first? Nope, but it could be -- If the government wanted. #SaveOurPrivacy <https://internetfreedom.in/is-aarogya-setu-privacy-first-nope-but-it-could-be-if-the-government-wanted>

¹⁰ Countries are using apps and data networks to keep tabs on the pandemic, The Economist, 26.03.2020 <https://www.economist.com/briefing/2020/03/26/countries-are-using-apps-and-data-networks-to-keep-tabs-on-the-pandemic>

¹¹ Myers West, Sarah (2017): Data Capitalism: Redefining the Logics of Surveillance and Privacy, In: Business & Society 58(1), p 20

¹² Toffler, Alvin (1980): The Third Wave. The Classic Study of Tomorrow, New York

en, und Online-Güter und -Dienstleistungen. Datenkapitalisten sehen Prosumerismus als neue Wachstumschance. Daten werden durch die Kapitalisten von heute genauso gesehen, wie die Natur im Projekt der Aufklärung wahrgenommen wurde – etwas, was ‚da draußen‘ frei verfügbar ist und bearbeitet werden kann, etwas, was aus seinem Rohzustand entfernt und umgestaltet werden muss, um nützlich zu werden.

Der Corona-Kapitalismus am oberen Ende besteht aus dem unnachgiebigen Drängen der indischen Regierung, die App herunterzuladen, sowie aus den Daten, die dadurch generiert werden, und in einer Weise genutzt, geteilt und gespeichert werden können, über die wir keine Kontrolle haben.

Die neoliberale Agenda ist nicht zwangsläufig mit der Hindu-Nation verbunden, aber wo sie es ist, ist die Wirkung umso verheerender. Der Mythos vom ‚städtisch-maoistischen Jihadi¹³-Netzwerk‘, eine vom RSS ausgeheckte wirre Phrase, verschmilzt die Feinde der Hindu-Vorherrschaft – Jihadi – , und die des Raubtier-Kapitalismus – städtisch-maoistischer Widerstand – miteinander, um die Gegner:innen dieser Projekte effektiv zum Schweigen zu bringen. Tausende von politisch motivierten Verhaftungen in den letzten paar Jahren trafen Journalist:innen, Akademiker:innen und Künstler:innen, denen vorgeworfen wurde, ‚städtische Maoisten‘ zu sein. Der 80jährige revolutionäre Dichter Varavara Rao, der 2018 unter dem lächerlichen Vorwurf eines Mord-Komplots gegen den Premierminister und einer mutmaßlichen Zusammenarbeit mit einer mächtigen Dalit-Vereinigung verhaftet wurde, ist einer von ihnen. Im Gefängnis wurde er als Covid-positiv getestet.

Was steht uns bevor?

Während Indien in die Reihe der Länder mit den meisten Covid-Infektionen aufstieg, kochten Wut und Ärger über viele andere Dinge hoch. Der Lockdown und die Abstandsregeln haben massive Demonstrationen wie diejenigen gegen das neue Bürgerschaftsgesetz (Citizenship Amendment Act) von 2019 verhindert; es schließt Muslime aus der Liste verfolgter Minderheiten, welche die indische Staatsbürgerschaft erwerben können, explizit aus. Inzwischen gewinnen Diskussionen über den Klimawandel und Alternativen zum Wachstum an Zugkraft; Hochschullehrer:innen denken über eine Zukunft außerhalb von physischen Hörsälen nach, was große Mengen an Studierenden ohne Zugang zum Internet ausschließen, uns aber auch zwingen würde, uns über andere Formen der Teilhabe an Wissen Gedanken zu machen.

Für uns ist das ein seltsames Interregnum, voll Widerstand und Resignation, Verzweiflung und Hoffnung, Solidaritäten und internen Spaltungen, Wut und Kreativität. Wie die drückend schwüle Periode, die dem Monsun unmittelbar vorausgeht, atemlos und abwartend, bis plötzlich die Wolken bersten – es fühlt sich an, wie wenn ein momentaner Bruch bevorstände, sowohl außerordentlich als auch unvermeidbar. Und er könnte den Überfluss oder die Katastrophe bringen.

Zum ersten Mal seit der Pandemie sind die Wolken in massiven landesweiten Protesten gegen die Gruppen-Vergewaltigung und die brutale Ermordung einer Dalit-Frau durch Hochkastige in Hathras, Uttar Pradesh, geborsten. Staatliche Institutionen haben die Ereignisse dreist vertuscht, aber die öffentliche Empörung ist massiv und weit verbreitet.

¹³ Jihad – heiliger Krieg, jihadi – heilige Krieger

Dies ist die stark gekürzte Übersetzung des Artikels „Coronacapitalism and Hindu Rashtra in India“, der zuerst im Thesis Eleven Online Project: Living and Thinking Crisis am 3. August 2020 veröffentlicht wurde: <https://thesiseleven.com/2020/08/03/coronacapitalism-and-hindu-rashtra-in-india/>, letzter Aufruf: 19.10.2020. Die vollständige Übersetzung erschien in der Peripherie 159/160 (2020), S. 473-491 <https://doi.org/10.3224/peripherie.v40i3-4.15>

Die Autorin

Nivedita Menon, Professorin an der Jawaharlal Nehru University in Delhi. Autorin von u.a. „Seeing like a Feminist, Recovering Subversion: Feminist Politics Beyond the Law“ (2004), Mitgründerin von „kafila.online“, eines Kollektiv-Blogs zur gegenwärtigen Politik, Übersetzerin von fiktionaler und nicht-fiktionaler Literatur aus dem Hindi und dem Malayalam ins Englische.

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln (Germany)

speak.up@asienhaus.de

www.asienhaus.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist eine Kooperation zwischen der Stiftung Asienhaus und dem Südasiensbüro.



SÜDASIEN



Stiftung
Asienhaus